

Das Magazin für den
öffentlichen Dienst

Juli/August 2021

hauptstadt magazin

Tür auf für eine faire Besoldung!

Das Bundesverfassungsgericht hat die Berliner Besoldung für die Jahre 2009 bis 2015 als **evident unzureichend** beurteilt.

Als evident unzureichend empfinde ich ebenfalls die Reaktion des Berliner Senats darauf!



Besoldungsallianz gegen Verzögerungstaktik



dbb
beamtenbund
und tarifunion
berlin





© Michael Wittig

Inhalt

Liebe Leserinnen, lieber Leser,

ungewöhnlich ausführlich befassen wir uns in dieser Ausgabe mit unserem Titelthema, nämlich den Anstrengungen der Besoldungsallianz von dbb berlin, DGB Berlin-Brandenburg, Deutscher Richterbund und Hauptpersonalrat, zur Beseitigung der Berliner Verstöße gegen die amtsangemessene Besoldung der Landesbeamten.

Auch wenn das gewünschte Ergebnis am 17. Juni im Abgeordnetenhaus leider ausgeblieben ist und lediglich die absoluten Mindestauflagen, die das Bundesverfassungsgericht für die Berliner Richterbesoldung vorgegeben hat, beschlossen worden sind, zeichnet das Geschehen insgesamt doch ein sehr aufschlussreiches Bild der Landespolitik.

So aufschlussreich, dass wir meinen, in diesem Jahr auf Wahlprüfsteine zu den Positionen der Landesparteien zum öffentlichen Dienst im Vorfeld der anstehenden Abgeordnetenhauswahlen verzichten zu können. Die Fakten dürften hier eine deutlichere Sprache sprechen als wohlgesetzte Worte.

Was lange währt, wird bisweilen auch in Berlin gut: Das gilt zumindest für die vom dbb berlin initiierte Grundsatzerklärung gegen Gewalt, die endlich nicht nur vom dbb berlin und vom DGB Berlin-Brandenburg, sondern auch vom Regierenden Bürgermeister der Stadt unterzeichnet worden ist. Haupttenor: null Toleranz bei Gewalt gegenüber den Beschäftigten des Landes Berlin und Ausbau einer Kultur der Gewaltfreiheit.

Auch die Kultur ist in Berlin zu neuem Leben erwacht. Am 7. August startet die neue Grand Show „Arise“ im Friedrichstadt-Palast.

Und schließlich freuen wir uns, dass die stets aktuellen Infos über die Berliner Corona-Regeln auf www.dbb.berlin gute Resonanz finden.

Noch schöner wäre natürlich, wenn das Infektionsgeschehen bald den Verzicht auf derartige Einschränkungen zuließe. Das wünscht

Ihr

Frank Becker,
Landesvorsitzender dbb berlin

Besoldung

Verzögerungstaktik nicht verhindert 4

Mit uns gegen Gewalt

Gemeinsame Erklärung unterzeichnet! 8

Jugend

Öffentlicher Dienst muss attraktiver werden 9

Schulen

Der Markt ist leergefegt 12

HPR sagt schnelle Abstimmung zu 12

Diversity

Zeichen gegen Homophobie gesetzt! 13

DKMS räumt mit Vorurteilen auf 13

Unterhaltung

Endlich wieder Showtime! 14

Preisrätsel 15

Zum Schluss

Generationswechsel bei der BBBank 16

Informationslücke geschlossen 16

Impressum

Das hauptstadt magazin – hm – ist ein Informationsdienst des dbb beamtenbund und tarifunion berlin für die Beschäftigten im Berliner Landesdienst und der Bundesverwaltung.

Verantwortlich i. S. d. P.: Frank Becker, p. A. dbb berlin, Alt-Moabit 96 a, 10559 Berlin.

Redaktion: Annemarie Wellige. Telefon: 030.3279520.

Telefax: 030.32795220. Internet: www.dbb.berlin.

E-Mail: post@dbb.berlin. Einzelmitglieder in den Fachgewerkschaften und -verbänden des dbb berlin erhalten das hm kostenlos zugesandt.

Herausgegeben in Zusammenarbeit mit dem DBB Verlag GmbH, Friedrichstraße 165, 10117 Berlin.

Telefon: 030.7261917-0. Telefax: 030.7261917-40.

Internet: www.dbbverlag.de. E-Mail: post@dbb.berlin.

Anzeigen: DBB Verlag GmbH, Mediacenter, Dechenstr.

15 a, 40878 Ratingen. Telefon: 02102.74023-0.

Telefax: 02102.74023-99. E-Mail: mediacenter@dbbverlag.de.

Anzeigenleitung: Petra Opitz-Hannen,

Telefon: 02102.74023-715. Anzeigenverkauf: Andrea

Franzen, Telefon: 02102.74023-714. Anzeigendisposition:

Britta Urbanski, Telefon: 02102.74023-712. Preisliste 18,

gültig ab 1.10.2020. Herstellung: L.N. Schaffrath GmbH &

Co. KG DruckMedien, Marktweg 42–50, 47608 Geldern.

Layout: FDS, Geldern. Fotos: wie angegeben.

Titelbild: Jan Jonny Rotteveel/www.rotteveeldesign.de

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die Meinung des jeweiligen Autors und nicht immer die Meinung des Herausgebers wieder.

Wir lassen unser Recht nicht mehr mit Füßen treten!



Das Bundesverfassungsgericht hat die Berliner Besoldung für die Jahre 2009 bis 2015 als **evident unzureichend** beurteilt.

Als evident unzureichend empfinde ich ebenfalls die Reaktion des Berliner Senats darauf!

Besoldungsallianz konnte Verzögerungstaktik nicht verhindern

Sieg der Sturheit

Am 17. Juni 2021 hat das Berliner Abgeordnetenhaus ein rudimentäres Reparaturgesetz verabschiedet, das weder gerechten noch vertrauensbildenden geschweige denn fürsorglichen Gesichtspunkten ausreichend Rechnung trägt, sondern auf Biegen und Brechen Kosten verzögernd, stur und ohne Rücksicht auf wachsenden Vertrauensverlust daherkommt.

Stur und verbissen ist das Machwerk deshalb, weil eine Besoldungsallianz von dbb berlin, DGB Berlin-Brandenburg, Deutscher Richterbund und Hauptpersonalrat dem Senat und den Abgeordneten seit fast einem halben Jahr gebetsmühlenartig vorgetragen hat, dass an der Beseitigung aller Berliner Verfassungsverstöße bei der Bezahlung von Beamten und Richter kein Weg vorbeiführt, auch wenn zunächst vom Bundesverfassungsgericht nur über die Richterbesoldung in den Jahren 2009 bis 2015 entschieden worden ist. Denn noch weitere Verfahren, die exakt den gleichen Sachverhalt bei den Beamten abbilden, sind anhängig.

Aber statt generell mit den Verfassungsverstößen aufzuräumen, ist nicht einmal die Richterbesoldung abschließend im Reparaturgesetz bereinigt worden: So sollen zwar Ausgleichszahlungen für die der Klage beim Bundesverfassungsgericht zugrunde liegenden Jahre von 2009 bis 2015 gewährt werden, nicht aber für die Folgejahre, in denen sich das Unrecht zwangsläufig fortgesetzt hat. Und sein gutes Recht erhält überhaupt nur der, der alljährlich Widerspruch gegen eine unzureichende Bezahlung eingelegt hat.

Stur und unbelehrbar

„Die Regierungskoalition hat die mehr als berechtigten Anliegen der Berliner Beamtinnen und Beamten

Das Bundesverfassungsgericht hat Un-Recht bescheinigt, das auch mir über Jahre zugemutet wurde, weil Berlin sparen musste. Der Berliner Senat ignoriert jedoch die Einschätzung aus Karlsruhe und legt ein „Reparaturgesetz“ vor, das ausschließlich Richterinnen und Richter und nur einige Jahre betrifft.

Der Berliner Senat wiederholt nun dieses Un-Recht. Durch die Besoldungserhöhungen der letzten Jahre wurde Vertrauen wieder gewonnen. Jetzt gilt es für die Vergangenheit: Un-Recht beseitigen, Recht setzen und Vertrauen erhalten!

Eine Aktion der Besoldungsallianz Berlin: Deutscher Gewerkschaftsbund Berlin-Brandenburg (DGB), dbb beamtenbund und tarifunion berlin (dbb berlin), Hauptpersonalrat des Landes Berlin (HPR) und Deutscher Richterbund – Landesverband Berlin (DRB Berlin).

Kontakt
DRB Berlin
Eißholzstr. 30-33
10781 Berlin
info@drb-berlin.de

Design
Jan Jonny Rotteveel
www.rotteveeldesign.de

Abgeordnetenhaus von Berlin

Fraktion

Name oder Funktion

**Niederkirchnerstraße 5
10111 Berlin**

Name

Datum, Unterschrift

mit einer Sturheit und Unbelehrbarkeit abgebügelt, die ihresgleichen sucht. Alle Änderungsanträge an dem schäbigen Regierungsentwurf wurden verhindert, sodass den Abgeordneten schließlich am Ende nichts anderes übrig blieb, als das unzureichende Machwerk zu beschließen, damit wenigstens Richterinnen und Richter einen Teilausgleich erhalten konnten“, empörte sich dbb Landeschef Becker.

Besonders enttäuscht zeigte sich Becker, dass es mit der Dialog- und Kompromissbereitschaft des Senats alles andere als weit her ist, selbst wenn ihm unisono sämtliche Beschäftigtenvertretungen entgegenstehen. Sehr schnell sei denn auch der Allianz klar geworden, dass Appelle und Argumente beim Berliner Senat auf taube Ohren stießen. Die Vorsitzenden der in der Allianz zusammengeschlosse-

nen Einrichtungen fanden deshalb immer deutlichere Worte für die Verweigerungshaltung des Senats (siehe Kästen) und riefen schließlich eine Plakat- und Postkartenaktion ins Leben, die den Mitgliedern des Abgeordnetenhauses vor der Abstimmung über das strittige Gesetz verdeutlichen sollte, wie groß der Unmut der Betroffenen über die Verschleppungstaktik des Berliner Senats ist und wie viel Vertrauen mit der kleinlichen Auslegung des Karlsruher Urteils durch die Landesregierung verspielt wird.



**Frank Becker,
Landesvorsitzender dbb berlin**

„Das Bundesverfassungsgericht spricht bei der Besoldung von evident unzureichend. Und ... evident unzureichend finden auch wir die Reaktion des Berliner Senats darauf, nämlich hinsichtlich der A-Besoldung nichts zu machen und förmlich darauf zu drängen, dass das Land Berlin sich die nächste Klatsche vor dem Bundesverfassungsgericht für die evident unzureichende A-Besoldung abholt.“

Zigtausendfacher Protest

Über 3.000 Protestpostkarten der Betroffenen, die in den Jahren 2009 bis 2015 eine vom Bundesverfassungsgericht als „evident unzureichend“ eingestufte Besoldung hinnehmen mussten,

konnten die Vertreter der Besoldungsallianz am 16. Juni 2021 an die Vizepräsidentin des Abgeordnetenhauses, Manuela Schmidt, übergeben. Weitere zigtausend Beamtinnen und Beamten hatten ihre Protestpostkarten direkt an Abgeordnete geschickt. Weil nur für wenige Jahre entschädigt werden soll, heißt es auf den Postkarten: „Das ‚Un-Recht‘ wird damit wiederholt und in den letzten Jahren wiedergewonnenes Vertrauen leichtfertig verspielt.“ Die klare Botschaft an die Abgeordneten lautete deshalb: „Unrecht beseitigen, Recht setzen und Vertrauen erhalten!“

Kritik auch von CDU

Geteilt wurden die Forderungen und Argumente der Besoldungsallianz von der Berliner CDU-Fraktion.

Ihr haushaltspolitischer Sprecher Christian Goiny kritisierte das sogenannte Reparaturgesetz zur R-Besoldung im Vorfeld der Abstimmung im Abgeordnetenhaus als völlig unzureichend. Nach Ansicht der CDU-Fraktion reiche es keineswegs aus, lediglich die unzureichende Besoldung der Richter in der Vergangenheit zu korrigieren. Der rot-rot-grüne Senat dürfe nicht abwarten, bis das Bundesverfassungsgericht auch die A-Besoldung als nicht verfassungskonform bewertet. Die CDU-Fraktion hatte deshalb den Senat bereits bei den Beratungen im Hauptausschuss aufgefordert, sich nicht erst durch Gerichtsentscheide zu verfassungsgemäßem Handeln verurteilen zu lassen.

Christian Goiny verwies in diesem Zusammenhang auch auf die Forderung der CDU-Fraktion, die Beamtenbesoldung in Berlin in mehreren Stufen auf das Bundesniveau anzuheben. Die Besoldungsziele des rot-rot-grünen Senats, der sich an der niedrigeren Durchschnittsbesoldung der Länder orientiert, reichten nicht aus, um in

Berlin einen wettbewerbs- und leistungsfähigen öffentlichen Dienst zu organisieren.



© Anke Peters

Matthias Schlenzka, Abteilungsleiter Öffentlicher Dienst und Beamtenpolitik, DGB Berlin-Brandenburg

„Durch die Besoldungserhöhungen der letzten Jahre konnte das Land Berlin bei den Beamtinnen und Beamten Vertrauen zurückgewinnen. Jetzt kommt es darauf an, die Vorgaben des Bundesverfassungsgerichtes ohne ‚Wenn und Aber‘ umzusetzen. Der Senat muss auch für die A-Besoldung zügig ein Nachzahlungsgesetz auf den Weg bringen, sonst riskiert er, das gewonnene Vertrauen wieder zu verspielen.“



© privat

Dr. Matthias Schifferdecker, Vorsitzender des Deutschen Richterbundes Landesverband Berlin

„Der Nachzahlungsanspruch wegen der unzureichenden Besoldung ergibt sich aus der Verfassung! Eine Reparatur nur für die Jahre 2009 bis 2015 missachtet dies.“

Gleichlautende Schreiben haben auch die Fraktionen des Berliner Abgeordnetenhauses erhalten, die allerdings bislang nur wenig Erhellendes zu der Rückstel-

Allianz fragt nach Rückstellungen!

Auch wenn der Berliner Senat bei den Verfassungsverstößen gegen die amtsangemessene Besoldung auf Zeit spielt und auf weitere Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts wartet, ändert das letztlich nichts an der Tatsache, dass die Verzögerungstaktik mit weiteren Entscheidungen aus Karlsruhe ein Ende finden wird und erhebliche Nachzahlungen fällig werden. Umso wichtiger ist es, Vorsorge zu treffen und entsprechende Rückstellungen zu bilden.

In einem Schreiben an den zuständigen Finanzsenator Matthias Kollatz hat die Besoldungsallianz deshalb nachgefragt, in welcher Höhe im Land Berlin Rückstellungen für das Risiko von Besoldungs- und Versorgungsnachzahlungen wegen Widerspruchs- und Klageverfahren auf Gewährung einer amtsangemessenen Alimentation bislang gebildet wurden und in welcher Höhe sie im Haushaltsjahr 2020 zu bilden sind.

Bezug genommen wird in dem Schreiben auch auf das vorausschauende und beispielhafte Vorgehen der Hansestadt Hamburg, die Rückstellungen in Höhe von 460,6 Millionen Euro wegen des Risikos von Besoldungsnachzahlungen im Zusammenhang mit Verfahren auf Gewährung einer amtsangemessenen Alimentation in den Jahren 2011 bis 2020 bildet.



Übergabe der Protestschreiben an die Vizepräsidentin Manuela Schmidt durch die Besoldungsallianz Martina Riedel, stellv. Landesvorsitzende dbb berlin, Frank Becker, Landesvorsitzender dbb berlin, Manuela Schmidt, Vizepräsidentin des Abgeordnetenhauses, Daniela Ortmann, Vorsitzende des Hauptpersonalrates und Matthias Schlenzka, DGB-Abteilungsleiter Öffentlicher Dienst und Beamtenpolitik (von links) am 16. Juni 2021.

lungsthematik beigetragen haben. In einem Antwortschreiben des Berliner FDP-Fraktionsvorsitzenden Sebastian Czaja heißt es dazu immerhin grundsätzlich: „Selbstverständlich gehört die Bildung von Rückstellungen bei drohenden finanziellen Belastungen dieser Größenordnung zu einer seriösen Haushaltspolitik.“

Respektlose Verzögerungsstrategie

Die FDP will außerdem, dass alle betroffenen Beamtinnen und Beamten eine Nachzahlung erhalten sollen und nicht nur diejenigen, die gegen die



© Kay Herschelmann

Daniela Ortmann, Vorsitzende des Hauptpersonalrates des Landes Berlin

„Die Verfassung stellt man nicht ins Belieben. Verfassungswidrigkeit bei der Berliner Besoldung ist keine Bagatelle. Die Berliner Politik muss sich endlich ehrlich machen!“

verfassungswidrige Besoldung vor Gericht gezogen sind. „Ich kann keine Beamtinnen und Beamten von einer verfassungsmäßigen Alimentation ausgrenzen, weil sie auf ihren Dienstherrn vertraut haben. Als redlicher Dienstherr muss das Land Berlin dafür geradestehen, dass es über mehrere Jahre hinweg seinen Bediensteten zu wenig bezahlt hat. Ein Abwarten auf die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichtes über die A-Besoldungen erscheint uns im Hinblick auf die Offensichtlichkeit und Vergleichbarkeit mit der R-Besoldung als eine respektlose Verzögerungsstrategie,“ heißt es wörtlich in dem Schreiben des Fraktionsvorsitzenden. ■

dbb berlin: Mit uns gegen Gewalt

Gemeinsame Erklärung unterzeichnet!

Der dbb berlin hat zur Eindämmung der Gewalt gegen Angehörige des öffentlichen Dienstes eine Grundsatzerklärung initiiert, die jetzt vom Regierenden Bürgermeister Michael Müller und den Vorsitzenden der beiden Spitzenorganisationen dbb berlin und DGB Berlin-Brandenburg unterzeichnet wurde. Haupttenor des gemeinsamen Papiers: null Toleranz bei Gewalt gegenüber den Beschäftigten des Landes Berlin und Ausbau einer Kultur der Gewaltfreiheit.

dbb Landeschef Frank Becker: „Endlich ist ohne Wenn und Aber fixiert, dass die Sicherheit und Gesundheit der Beschäftigten in Berlin oberste Priorität haben und alle Maßnahmen ergriffen werden sollen, um der zunehmenden Gewalttätigkeit entgegenzutreten beziehungsweise einen respektvollen und gewaltfreien Umgang zu etablieren.“

So sollen künftig alle strafrechtlich relevanten Sachverhalte, Bedrohungen und persönliche Anfeindungen, wie verbale und sexuelle Belästigungen, Sachbeschädigungen oder auch das Mitführen von Waffen bei den Strafverfolgungsbehörden angezeigt werden. Für die Berufsgruppen des öffentlichen Dienstes, deren tägliche Arbeit mit besonderen Gefährdungslagen verbunden ist, ist die Entwicklung passend zugeschnittener Präventionskonzepte vorgesehen.

Den Opfern von Gewalt soll bei der Bewältigung des erfahrenen Unrechts geholfen werden, und in regelmäßigen Besprechungen wollen die Unterzeichner des Papiers schließlich die weitere Entwicklung analysieren und gegebenenfalls nachsteuern.

Inakzeptable Angriffe

Berlins Regierender Bürgermeister Michael Müller bekräftigte nach der Unterzeichnung: „Es ist inakzeptabel, wenn vermehrt Angehörige des öffentlichen Dienstes an ihrem Arbeitsplatz oder während eines Einsatzes angegriffen werden. Der Senat von Berlin sowie die gewerkschaftlichen Spitzenorganisationen DGB und dbb berlin verurteilen jegliche Form von Gewalt gegen Beschäftigte auf allen Ebenen des öffentlichen Dienstes des Landes Berlin. Die Sicherheit und



Gesundheit der Beschäftigten haben oberste Priorität. Deshalb muss mehr den je gelten: null Toleranz gegen Gewalt. Die Grundsatzklärung ist ein wichtiges Signal gegen Bedrohungen und Übergriffe.“

Breite Zustimmung

Schon im Vorfeld der Unterzeichnung des Grundsatzpapiers gab es Zustimmung im politischen Raum. So stellte Innensenator Andreas Geisel klar: „Wir müssen auf allen Ebenen deutlich machen, dass wir hinter den Kolleginnen und Kollegen stehen, die jeden Tag für unseren Staat eintreten. Polizei, Feuerwehr,

Ordnungsämter, die Beschäftigten in den Bürgerämtern arbeiten für uns alle. Sie übernehmen Aufgaben, die uns allen zugutekommen. Sie anzugreifen, zu beschimpfen oder verächtlich zu machen, ist respektlos und gefährdet den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Mit der Grundsatzklärung setzen wir ein deutliches Zeichen: keine Gewalt gegen Beschäftigte des öffentlichen Dienstes.“

Auch Finanzsenator Matthias Kollatz ließ es nicht an Deutlichkeit fehlen: Immer wieder kommt es zu gewaltvollen Übergriffen auf Landesbeschäftigte. Das betrifft vor allem diejenigen, die regelmäßig direkten Kontakt mit den Bürgerinnen und Bürgern haben, insbesondere bei der Polizei, Feuerwehr und den Ordnungsämtern. Ob Beschimpfungen, Bedrohungen oder gar die Ausübung von körperlicher Gewalt: Wir missbilligen diese Entwicklung und stellen klar, dass wir keine Übergriffe dulden. Der Schutz der Beschäftigten hat oberste Priorität. Daher machen wir uns auch dafür stark, dass die ressortübergreifenden Strategien und Konzepte zur Gewalt- und Kriminalitätsprävention breite Anwendung finden.“

Jugendorganisationen

Öffentlicher Dienst muss attraktiver werden

Die dbb jugend berlin will das Interesse der Jugendorganisationen der Landesparteien am öffentlichen Dienst intensivieren und die gegenseitige Zusammenarbeit verstärken. Im Mai fanden dazu vier Videokonferenzen statt. Bereits in der Juni-Ausgabe hat das hauptstadt magazin über die Zusammentreffen mit der Jungen Union und der Linksjugend berichtet. Als nicht weniger anregend erwies sich der Austausch mit David Jahn und Marlene Jahn, die beiden trotz der Namensgleichheit völlig unterschiedlichen politischen Lagern, nämlich den Jungen Liberalen beziehungsweise den Jungen Grünen Berlin, angehören.

Beide plädierten unabhängig voneinander für eine attraktivere Ausgestaltung des öffentlichen Dienstes insbesondere für junge Menschen, wenn die schon vorhandenen Nachwuchsprobleme sich nicht noch ganz erheblich verschärfen sollen.

JuLi-Landeschef David Jahn sprach sich unter anderem für ein energisches Vorantreiben der Digitalisierung im öffentlichen Dienst aus. Die E-Akte sei ein gutes Konzept, könne aber erst der Anfang sein. Es gelte letztlich, alle Behördengänge zu digitalisieren, die Verwaltungen untereinander besser zu vernetzen und den Mitarbeitern ein attraktives Intranet für ihre Arbeit zur Verfügung zu stellen.

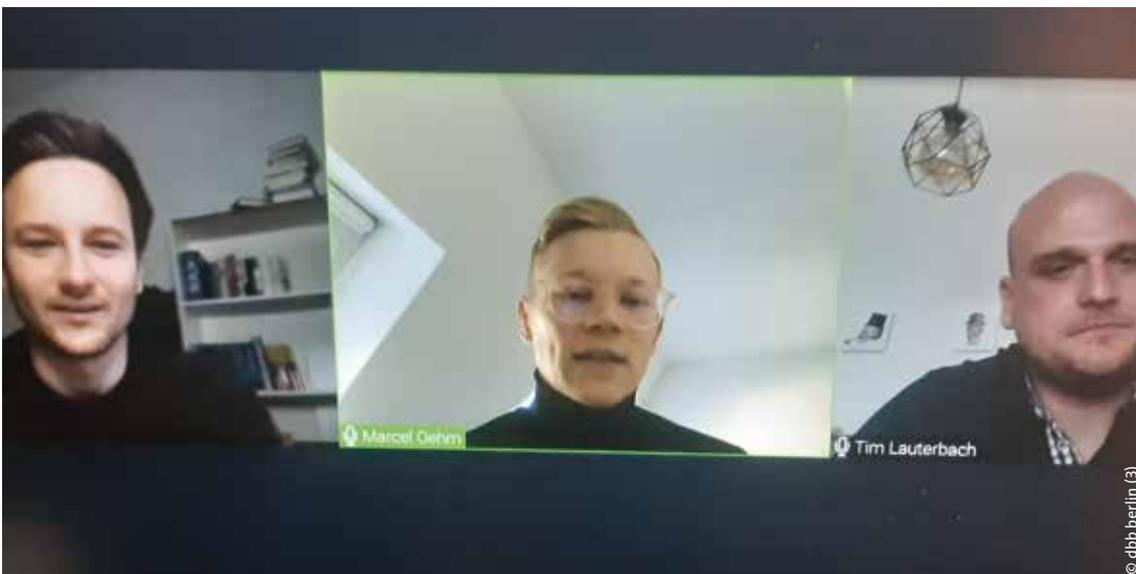
Digitale Infrastruktur verbessern

Wie weit entfernt die Berliner Realität von derartigen Vorstellungen ist, weiß Jahn selbst, hatte er doch bis vor Kurzem in einem Bezirksamt noch mit

Windows 7 gearbeitet, einem längst nicht mehr gewarteten Betriebssystem. Insofern gelte es bei der digitalen Infrastruktur dringend „Geld in die Hand zu nehmen“.

Auch eine Verwaltungsreform, die die Zuständigkeit auf eine Ebene verlagert, wurde von Jahn ange-mahnt: „Es kann nicht sein, dass bei der Einrichtung eines Zebrastreifens fünf Behörden mitreden“, so der Junge Liberale wörtlich.

Wenn junge Leute eine Beschäftigung im öffentlichen Dienst anstreben, zeigte sich Jahn überzeugt, sei ihre Motivation in erster Linie der Wunsch, einen Beitrag für die Gesellschaft zu leisten und Verantwortung für das Gemeinwesen zu übernehmen. Allerdings würden Beschäftigungsbedingungen erwartet, die neben einer angemessenen Bezahlung und flexiblen Arbeitsmöglichkeiten auch eine leistungsbezogene berufliche Perspektive ohne Lauf-



David Jahn, Marcel Oehm und Tim Lauterbach bei der Videokonferenz.



Marlene Jahn
von den Jungen
Grünen Berlin

bahnschranken bietet. Jahn hielt in diesem Zusammenhang durchaus auch eine leistungsbezogene Besoldungskomponente für zielführend. Dagegen schätzte er die Sicherheiten, die der öffentliche Dienst seinen Angehörigen bietet, als weniger relevant für die Berufswahl junger Leute ein.

Wichtiger sei eine flexiblere Stellenpolitik, die einen Tätigkeitswechsel innerhalb des öffentlichen Dienstes erleichtert und die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter nicht dauerhaft an dieselbe Beschäftigung binde.

Imageprobleme

Massive Imageprobleme des öffentlichen Dienstes bei jungen Menschen hob die Sprecherin der Jungen Grünen, Marlene Jahn, in einer weiteren Videokonferenz am 22. Mai hervor. Noch immer herrsche das Klischee einer langweiligen, vorwiegend von älteren Männern durchgeführten Schreibtischtätigkeit in einem öden Büro vor. Bisherige Kampagnen hätten ihrer Ansicht nach kaum ein Umdenken bewirken können. Auch bei Bewerbungsgesprächen würde nicht der Eindruck von Aufgeschlossenheit und Modernität, sondern eher der Mief von gestern vermittelt. Im Hinblick auf den hohen Stellenwert der Verwaltung für die Funktionsfähigkeit des Staates sei dieses Negativeimage völlig unangemessen, denn so Jahn wörtlich: „Ohne Verwaltung Land unter.“

Mit sympathischer Offenheit räumte die Junge Grüne ein, dass ihre Organisation die Problematik um den Erhalt eines funktionsfähigen öffentlichen Dienstes teilweise verschlafen habe, jetzt aber zumindest eine versierte Verwaltungsmitarbeiterin auf der Landesliste platzieren konnte.

Klar sei aber schon jetzt, dass künftig mehr Einkommensanreize sowie verbesserte berufliche Perspektiven und Fortbildungsmöglichkeiten geboten werden müssten.

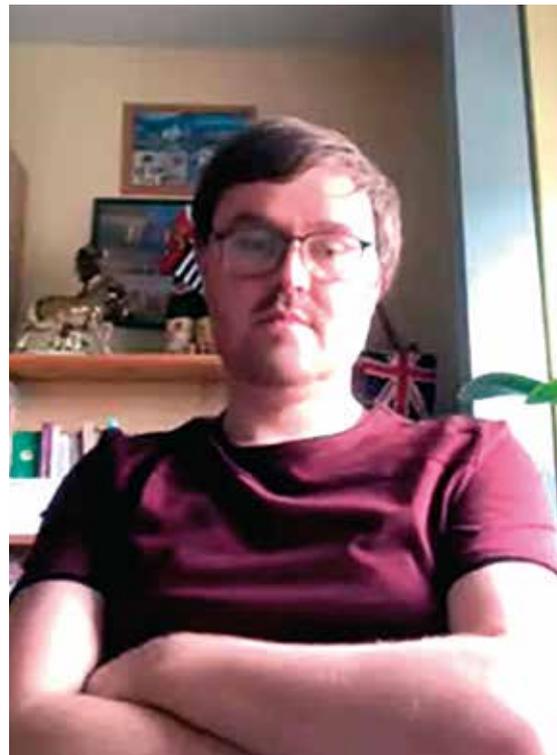
Klimaschutz beachten

Natürlich legte Jahn in dem Gespräch auch Wert darauf, dass grüne Kernforderungen zum Klimaschutz im öffentlichen Dienst durchgesetzt werden sollen. Dazu zählen etwa energetische Gebäudesanierung, Dienstwagen mit Elektroantrieb und ein Inlandsflugverbot bei unvermeidlichen Dienstreisen. Weitestgehend sollten auswärtige Meetings durch Videokonferenzen abgelöst werden.

„Der öffentliche Dienst ist ein Querschnittsthema“, schloss die Junge Grüne.

Positive Bilanz

dbbj-Landesvorsitzender Marcel Oehm und seine Stellvertreter Tim Lauterbach und Christoph Riess zogen am Ende der Gesprächsreihe eine sehr positive Bilanz. Es hat nicht nur mit allen Jugendorganisationen gemeinsame Schnittmengen gegeben, vor allem ist das Interesse an der Intensivierung der Kontakte und an einer sachdienlichen Zusammenarbeit groß. Marcel Oehm: „Wir werden diese Chance nutzen, um unsere Vorstellungen und Anliegen auf diesem Weg verstärkt in die Politik zu tragen.“



Christoph Riess
unterstützte mit
Tim Lauterbach
den Vorsitzenden
der dbbj berlin,
Marcel Oehm, bei
den Konferenzen.

VBE Berlin

Der Markt ist leergefegt

„Jetzt ist die Katze aus dem Sack! Noch vor den Wahlen zum Abgeordnetenhaus gibt die Bildungsverwaltung erstmalig zu, dass sie die offenen Stellen in den Berliner Schulen nicht vollständig besetzen kann“, schreibt die Vorsitzende des VBE Berlin, Heidrun Quandt, in einem Leitartikel des Mitgliedermagazins „VBE aktuell“ von Juni 2021.

Weder mit ausgebildeten Lehrerinnen und Lehrern noch mit Quereinsteigern oder Studierenden seien die Stellen zu besetzen. „Der Markt ist leergefegt“, so Quandt, die prophezeit, dass der Mangel an Grundschulen in besonderem Maße spürbar werden dürfte. Unterrichtsausfall sei vorprogrammiert.

Umso ärgerlicher, dass die jetzige Krise hausgemacht und das Ergebnis jahrelanger Fehlentwicklungen ist: Schlechte Arbeitsbedingungen, hohe Arbeitsbelastung, schwieriges Schülerklientel, keine Verbeamtung der Lehrkräfte, fehlende Studienplätze und Fachbereiche an der Universität zählt die VBE-Landesvorsitzende zu den ursächlichen Faktoren. Wer könne es den Lehrkräften unter diesen Umständen verdenken, wenn sie lieber in Bundesländer abwandern, in denen sie eine wesentlich stressfreiere Arbeitswelt vorfinden.

Besonders unattraktiv macht den Lehrerberuf in Berlin die Nichtverbeamtung, die sich nach Feststellung des VBE als erheblicher Nachteil bei der Suche nach qualifiziertem Nachwuchs erwiesen habe. Quandt wirft der Regierungskoalition in dieser Fra-

ge vor, Ideologie und Dogma über das Wohl der Allgemeinheit zu stellen denn angebliche Kostenvorteile einer Nichtverbeamtung seien längst widerlegt.



Vollends absurd, so die VBE-Landeschefin weiter, werde die Haltung des Berliner Senats dann, wenn er verbeamtete Lehrerinnen und Lehrer aus anderen Bundesländern freudig in Berlin aufnimmt – und zwar ohne Wenn und Aber unter Beibehaltung ihres Status und einer in der Regel höheren Bezahlung.

Nicht selten handele es sich dabei um in Berlin ausgebildete Beschäftigte, die die schlechten Arbeitsbedingungen in der Hauptstadt auf den Umweg über eine vorübergehende Beschäftigung in einem andern Bundesland umgehen.

„Wer Kinder als wichtigstes Gut betrachtet und auf Bildung pocht, der muss auch bereit sein, Ideologie und Dogma aus politischen Entscheidungen herauszuhalten und dafür zu sorgen, dass die Berliner Schülerschaft gut ausgebildete Lehrkräfte in ausreichender Anzahl erhält,“ schreibt Quandt den Bildungspolitikern ins Stammbuch. ■

Mobile Endgeräte für Lehrkräfte

HPR sagt schnelle Abstimmung zu

Der Hauptpersonalrat hat seinen Teil dazu beitragen wollen, dass Lehrkräfte endlich mit mobilen Arbeitsmitteln durch den Arbeitgeber ausgestattet werden. Wie es in seinem Mitteilungsblatt heißt, hat er deshalb eine schnelle inhaltliche Abstimmung zugesagt und hat auch die im Stellungsverfahren eingebundenen Personalräte der Regionen sowie die Ge-

samtbeschäftigtenvertretungen um entsprechend kurzfristige Stellungnahmen gebeten. Ziel war es, die Geräte noch vor Beginn der Sommerferien an die Schulen zu liefern beziehungsweise den Kolleginnen und Kollegen dort auszuhändigen, damit sie sich über die Ferien hinaus bereits mit den Geräten vertraut machen können. ■

Zeichen gegen Homophobie gesetzt!

Der dbb berlin hat erneut ein klares Zeichen gegen Homophobie gesetzt und aus Anlass des EM-Fußballspiels Deutschland – Ungarn am 23. Juni 2021 in München ein unübersehbares Regenbogen-Logo auf seiner Homepage www.dbb.berlin platziert. Auch viele andere Organisationen, öffentliche Stellen und einzelne Persönlichkeiten hatten entsprechend reagiert, nachdem die UEFA eine Regenbogen-Beleuchtung im Stadion während des Spiels abgelehnt hatte.

Der Münchner Stadtrat wollte auf diese Weise der Politik der rechtsnationalen Regierung Ungarns unter Ministerpräsident Viktor Orbán eine unmissverständliche Absage erteilen. Diese hatte ein Gesetz, das die Informationsrechte von Jugendlichen im Hinblick auf Homosexualität und Transsexualität einschränkt, durch das Parlament gebracht und damit heftige Kritik ausgelöst.

„Ja, heute ist wieder so ein Tag, an dem auch wir nicht still bleiben wollen“, hatte dbb Landeschef Frank Becker nach dem abschlägigen Bescheid der UEFA zum Münchner Vorstoß für mehr Vielfalt und selbstbestimmte Lebensformen erklärt. „Wir sagen deshalb klar und laut: Homophobie hat für uns keinen Platz. Weder in der Politik, dem dbb berlin und seinen Fachgewerkschaften, noch im Sport, nein – niemals und nirgendwo!“

Becker betonte in diesem Zusammenhang, dass der dbb berlin unter anderem zu den Gründern des Arbeitskreises „Queerdenker gegen Homophobie“ zählt und regelmäßig aktiv am Lesbisch-Schwulen Straßenfest (Motzstraßenfest) teilnimmt, um sich mit seinen Fachgewerkschaften den „queeren Themen“ anzunehmen und deren Akzeptanz in der Gesellschaft zu fördern. ■

DKMS räumt mit Vorurteilen auf

Die DKMS (ehemals Deutsche Knochenmarkspenderdatei), deren Hauptaufgabe die Registrierung von Stammzellspendern ist, verwahrt sich auf ihrer Homepage vor diskriminierenden Gerüchten, wonach homosexuelle Menschen sich nicht als Stammzellspender registrieren lassen können.

„Deine sexuelle Orientierung hat keinen Einfluss auf die Berechtigung potenzieller Lebensretter zu werden. Wir registrieren generell Menschen zwischen 17–55 Jahren, die gesundheitlich fit sind. Ob heterosexuell, homosexuell, bisexuell oder trans+, ihr alle könnt euch dem Kampf gegen Blutkrebs anschließen. Es ist uns egal, wen du liebst, solange du es liebst, Leben zu retten“, heißt es wörtlich auf der Website.

Wie wichtig Stammzellenspenden im Kampf gegen Leukämie sind, unterstreicht die Tatsache dass allein in Deutschland alle zwölf Minuten ein Mensch die niederschmetternde Diagnose Blutkrebs erhält, weltweit wird die Hiobsbotschaft sogar alle 27 Sekunden überbracht. Vielen Patientinnen und Patienten kann nur noch eine lebensrettende Stammzellspende helfen und je schneller eine geeignete Spenderin beziehungsweise ein geeigneter Spender gefunden wird, umso höher die Überlebenschancen der Betroffenen.

Wer mithelfen will, Leben zu retten:
www.dkms.de/fb-registrierung

Auf der sicheren Seite im Friedrichstadt-Palast

Endlich wieder Showtime!

Eineinhalb Jahre lang ist das kulturelle Leben in Berlin pandemiebedingt praktisch zum Erliegen gekommen. Eine frohe Botschaft nach dieser Durststrecke kommt jetzt aus dem Friedrichstadt-Palast: Endlich ist dort wieder Showtime angesagt! Und mehr noch: Damit dem Publikum der langersehnte Kunstgenuss nicht etwa wegen des immer noch unsicheren Infektionsgeschehens vorenthalten bleibt, kommt das Haus seinen Besuchern mit einem dreifachen „Fühl-dich-sicher-Versprechen“ entgegen.

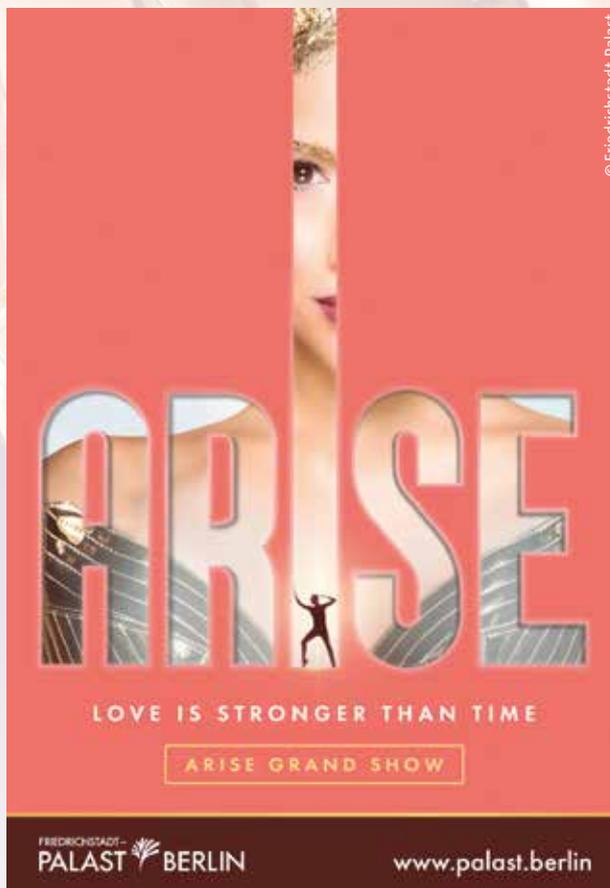
Wie Intendant Berndt Schmidt gegenüber dem hauptstadt magazin erläutert, sind nicht nur Saal und Foyer seit 2020 mit einer hochmodernen Belüftungsanlage ausgestattet, der Palast nimmt seinen Besuchern auch jeglichen bürokratischen Aufwand ab, sollte eine Vorstellung einmal ausfallen müssen. „Das Eintrittsgeld wird dann automatisch an die Karteninhaber zurücküberwiesen“, versichert Berndt Schmidt und fügt hinzu: „Der Palast kommt seinen Gästen auch dann entgegen, wenn sie ihrerseits am Besuch einer gebuchten Show gehindert sind. Bis zwei Stunden vor Vorstellungsbeginn sind Umbuchungen auf einen anderen Termin oder auf einen entsprechenden Gutschein möglich.“

Neue Grand Show

Natürlich locken nicht nur diese einmalig großzügigen und besucherfreundlichen Konditionen ab 7. August wieder in den Friedrichstadt-Palast. Mit „Arise“ geht dort eine neue Grand Show an den Start, deren Titel – auf Deutsch so viel wie „Wiederaufstehen“ – in der gegenwärtigen Situation passender nicht sein könnte.

„Seit 1. Februar wird unter Bedingungen wie im Leistungssport intensiv daran geprobt“, berichtet Intendant Schmidt, „konkret heißt das: Alle Mitwirkenden werden zweimal pro Woche einem

PCR-Screening unterzogen, mit dessen Hilfe ein Coronavirus schon Tage vor dem Ausbruch beziehungsweise der Ansteckungsgefahr nachgewiesen werden kann.“



© Friedrichstadt-Palast

Besondere Höchstleistungen waren in diesem Jahr auch bei der Vorbereitung der gigantischen Show, bei der nicht weniger als 100 Künstler auf der Bühne stehen, vonnöten. Denn wegen der Pandemie mussten neben den enormen Herausforderungen, die bei einer Revue dieser Größenordnung stets zu bewältigen sind, zusätzliche Schwierigkeiten gemeistert werden. So sind beispielsweise immer wieder Engpässe, etwa bei der Lieferung der Bühnenausstattung, aufgetreten.

Nach erfolgreichem Abschluss der Probearbeiten dürfen sich die Zuschauer jetzt auf eine

anrührende und aufwühlende Show voller Lebensfreude, Hoffnung und Glück freuen. Wie immer präsentiert die größte Theaterbühne der Welt dabei extravagante Kostüme, atemberaubende Bühnenbilder und artistische Höchstleistungen.

Jetzt Tickets sichern!

Wer sich endlich wieder im Friedrichstadt-Palast verzaubern lassen möchte, sollte sich umgehend Tickets sichern unter: www.palast.berlin.

Pflanzenwelt	↘	ohne Namensnennung	↘	Qualität, Beschaffenheit	↘	feierliche Veranstaltung	Mittel gegen Körpergeruch (Kz.w.)	↘	altes Apothekergewicht	getrocknetes Gras	↘	kleine Ansiedlung	↘	britischer Popmusiker (Ringo)	Fuß- oder Handrücken	↘	veraltet: Thailänder								
wässrige Lösung einer Base	→					Entstehungsplatz e. Filmes					2			Gebirge in Marokko		8									
englisch: eins	→			Präsident des britischen Unterhauses					9			mit anderem Namen													
Drehung, Umlauf	→					5			Rand eines Gewässers					Knoblauchsoße			Roman von Emile Zola								
	→			Null beim Roulette	<p>Unsere Gewinner</p> <p>Fünf von der BBBank gesponsorte Powerbanks haben gewonnen:</p> <p>Iwona Kamnska, 12203 Berlin Volker Ruth, 12203 Berlin Katrin Putschbach, 10555 Berlin Kristina Dressler, 10555 Berlin Andreas Jacob, 15337 Erkner</p> <p>Das Lösungswort des Juni-Preisrätsels war „Zauberer“.</p>										7										
Freundin von Tarzan		Akten-samm-lung		Gebärden- und Mienenspiel																	eine Empfehlung geben		Maschine für Erdarbeiten		
	→																					an einer höher gelegenen Stelle			
Baummaschine			Wüsteninsel																			Trauben-ernte		Punkt auf dem Spielwürfel	
Stadt in Norditalien	→												persönl. Geheimnummer (Abk.)	griechischer Buchstabe	Haus-halts-plan	↘	Schlag, Streich (französisch)	↘	Kanton der Schweiz	Spiel-, Wett-kampf-klasse					aufge-brüh-tes Heiß-ge-tränk
Raubfisch	→			Dach-terras-sen-wohnung										günstig, vorteilhaft		3									
	→		6																						
Gebäck				Gefäng-nis (ugs.)					1	Lang-spieß					ge-zahn-tes Werkzeug										
														Segel-befehl											

Sie wollen die neue Show im Friedrichstadt-Palast genießen

... dann gönnen Sie sich doch einen besonderen Zuschauerplatz. Mit der richtigen Lösung und etwas Losglück können Sie bei unserem Preisrätsel dieses Mal zwei Upgrades gewinnen, die der Friedrichstadt-Palast gesponsert hat. Schicken Sie die richtige Lösung an:

dbb berlin
 post@dbb.berlin
 Fax: 030 327952-20

Einsendeschluss ist der **15. August 2021**.

Der Rechtsweg ist ausgeschlossen.



© Christian Schuller

PREISRÄTSEL



Generationswechsel bei der BBBank

Oliver Lüsich ist seit 1. Juli 2021 neuer Vorstandsvorsitzender der BBBank. Der 49-jährige bisherige stellvertretende Vorstandsvorsitzende löst planmäßig Wolfgang Müller ab, der mehr als 20 Jahre lang an der Vorstandsspitze stand. Zur neuen stellvertretenden Vorstandsvorsitzenden bestimmte der Aufsichtsrat Gabriele Kellermann.

Der Generationswechsel bei der BBBank war bereits im November vergangenen Jahres mit der Ernennung von Oliver Scheil (49) zum Generalbevollmächtigten eingeleitet worden. Scheil, der zuvor als Bereichsleiter bei der Bayern LB tätig war, verstärkt die Geschäftsleitung.

Mit der neuen Vorstandsspitze und dem Generalbevollmächtigten sieht sich die BBBank für eine erfolgreiche Zukunft bestens aufgestellt.

Informationslücke geschlossen

Der dbb berlin freut sich, offenbar eine Informationslücke bei den wechselnden Pandemieverordnungen geschlossen zu haben. Die dazu auf der Homepage des dbb berlin, www.dbb.berlin, tagesaktuell veröffentlichten Zusammenfassungen hätten sie und ihre Kollegen „im wahrsten Sinne des Wortes, bei der täglichen Arbeit gerettet“, schreibt jedenfalls eine

Mitarbeiterin der Zentralen Anlauf- und Beratungsstelle des Ordnungsamtes Tempelhof-Schöneberg an dbb Landeschef Frank Becker und sein Team, die sich schon über einige positive Rückmeldungen zu ihren Infos in Sachen Corona-Politik des Senats freuen konnten.